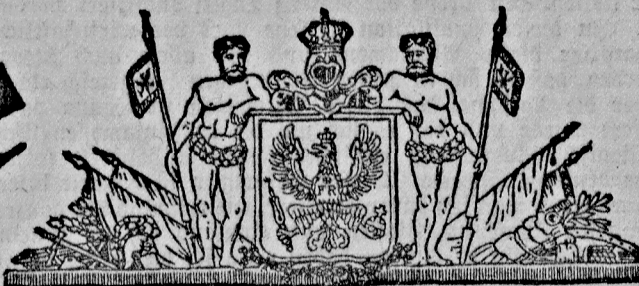


Vossische



Zeitung

2.00 Mark

(Ausland: 3 Mark)

Belegblatt

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“.

Durch eigene Boten frei ins Haus monatlich 35 Mark; unter Streifband 85 Mark im Inland, 100 Mark nach dem Ausland.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postscheckkonto Berlin 660.

Vor einem Vergleich in der Russenfrage.

Frankreichs Isolierung.

Nach erregter Debatte zwischen Lloyd George und Barthou.

Von Georg Bernhard.

* Genua, 13. Mai.

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung“.

mp Genua, 13. Mai.

Unmittelbar nach Schluß der kürzlich verlaufenen Vormittagsitzung der Unterkommission fanden sich Lloyd George und Evans sowie Barthou und Colrat im Hotel Miramare zu einer Besprechung zusammen, die über zwei Stunden dauerte.

Die heutige Nachmittagsitzung konnte wegen dieser langen Besprechung nicht vor sechs Uhr beginnen. In ihr sprach zuerst der japanische Vertreter Ishii, der ausführte, daß man die Arbeiten der Konferenz von Genua nicht einfach beiseitewerfen dürfe, da sie das große Ziel verfolgt hätte, nicht nur den Aufbau Europas, sondern der ganzen Welt zu fördern.

Motta führte aus, daß es besser sei, die Sachverständigenkommission direkt durch die Konferenz ernennen zu lassen. Er sei der Ansicht, daß die Kommission ganz unnötig sei, wenn die Russen davon ausgeschlossen würden.

Barthou äußerte zunächst seine Verteidigung über die Fortschritte, die in der nachmittäglichen Unterhaltung mit Lloyd George erzielt worden seien. Ob man die Mitglieder der Kommission von den Regierungen oder von der Konferenz ernennen lassen wolle, jedenfalls würde diese Kommission doch eine Folge der Konferenz von Genua sein.

Lloyd George schaltete darauf ein, daß es unbedingt nötig sei, sich hier wenigstens sofort über Ort und Zeit des Zusammentritts der Kommission zu einigen. Man müsse darüber hier zu einem Abkommen gelangen, weil es sonst unmöglich sei, zu verhindern, daß Sonderabkommen doch geschlossen würden.

Auch Jasper drückte den Wunsch aus, daß man sich doch in Genua über die russische Frage einigen möge. Schanzer habe recht, wenn er behauptet habe, daß die fünf Wochen der Konferenz von Genua keine Zeitverschwendung darstellten, aber es gebe eben Mächte, die fürchteten, daß man hier doch nicht weiterkommen würde.

Schanzer trat dafür ein, daß es unbedingt nötig sei, Datum und Ort des Zusammentritts der russischen Kommission schon jetzt zu bestimmen, dieser Kommission jedoch auch eine bestimmte Frist zur Beschlußfassung zu setzen, und zwar drei Monate. Italien habe mit Rußland einen Handelsvertrag vorbereitet, der nunmehr auf die Unterschriften wartet.

Zum Schluß trat auch der schwedische Vertreter auf die Seite Lloyd Georges. Es wurde beschlossen, die Unterkommission abermals auf den kommenden Montag vormittag zu vertagen, wo man, wenn die sonntäglichen Besprechungen zwischen den einladenden Mächten zu einem Resultat geführt haben sollten, zu einer endgültigen Beschlußfassung zu kommen hofft.

heutigen Nachmittagsbesprechung zeigte die mittlere Linie, die auf einen Vermittlungsvorschlag der Rumänen zurückgeht, nach dem die Regierungen ihre Vertreter zunächst zu einer Kommissionsitzung zusammenberufen, von der die Russen ausgeschlossen sind, und erst dann, wenn diese internationale Kommission, zu der Deutschland nicht gehört, sich über die allgemeinen Richtlinien der Verhandlungen schlüssig geworden ist, soll die russische Regierung aufgefordert werden, ihrerseits eine Kommission zur Diskussion zu entsenden.

Die Krise am Vormittag.

Die Vormittagsitzung der politischen Unterkommission wurde mit einer Rede Lloyd Georges eingeleitet, der mit sehr scharfen Worten den ersten Teil der russischen Antwort ablehnte, aber die „versöhnlichen Gedankengänge ihres zweiten Teiles“ hervorhob und meinte, wenn es richtig sei, daß der öffentlichen Meinung der westlichen Länder Rechnung getragen werden müsse, so dürfe man deshalb auch nicht diejenige Rußlands brüskieren.

Barthou fragte Lloyd George, ob er vorschläge, zwei Dokumente abzuschicken, nämlich eine polemische Erwiderung auf die Russennote, die sofort abgeschickt werden müßte, und ein zweites mit den vorgebrachten Vorschlägen, oder ob er ein einziges beide Materialien enthaltendes Schriftstück im Auge habe.

Lloyd George stellte fest, er habe an ein einziges Dokument gedacht. Darauf erklärte Barthou, die französische Delegation sei nicht in der Lage, an der Abstimmung eines Dokuments mitzuarbeiten, das sich teilweise auf einen Notenaustausch beziehe, an dem Frankreich nicht mehr teilgenommen habe.

Schanzer führte darauf für die italienische Delegation aus, es erscheine notwendig, daß man auf den polemischen Teil der russischen Note antworte, aber auch den Vorschlag zur Bildung einer Kommission annehmen solle.

Da sich der Vorschlag der Russen und der Lloyd Georges, die Arbeiten durch eine Kommission fortsetzen zu lassen, vollkommen deckten, erklärte er im Namen der italienischen Delegation, daß auch er entschlossen sei, für diesen Vorschlag einzutreten. „Die Beschlüsse dieser Sitzung“ — sagte Schanzer mit erhobener Stimme — „werden ihren Rückschlag in den öffentlichen Meinungen aller Länder haben. Italiens öffentliche Meinung wünscht eine Fortentwicklung der Annäherung der Völker, und nicht einen Rückschritt.“

Bratianu vermittelte, indem er ausführte, die Konferenz dürfe auf keinen Fall mit einer Uneinigkeit der Mächte zu Ende gehen. Rumänien ziehe, gleichgültig, welche Lösung, einen Ausweg vor, der einstimmig gefaßt werde. Die Dinge lägen so, daß selbst eine schlechte Lösung, die einstimmig gefaßt werde, noch besser sei als eine gute Lösung, über die die Meinungen auseinandergingen.

Es hat von Anfang an in Genua sehr weise Leute gegeben, die der Ansicht waren, daß hier auf italienischem Boden der erste Teil der großen Walschlacht für die bevorstehenden Neuwahlen des britischen Parlaments geschlagen werden. Wenn ihre Voraussetzungen richtig waren, daß Lloyd Georges politisches Schicksal und das Schicksal der Genueser Konferenz unlöslich miteinander verknüpft seien, so hat das Schicksal sich für Lloyd George entschieden. Wie man auch immer die Ergebnisse der Konferenz von Genua nach ihrem Schluß sachlich würdigen wird, für den englischen Premierminister bedeutet sie schon heute einen starken äußeren Erfolg.

Diese Taktik ging dahin, sich für diesen Fall einen Sündenbock in Frankreich zu schaffen. Alles, was Lloyd George in Genua getan hat, ließ deutlich darauf hinaus, Frankreich in eine isolierte Stellung zu bringen, und man muß sagen, daß nie einem politischen Taktiker seine Aufgabe in ähnlichem Maße erleichtert worden ist, wie es hier durch die Franzosen selbst geschah.

Es ist ganz natürlich, daß in der öffentlichen Meinung der Welt die oft katastrophal zugefügten Neuerlichkeiten in den Gegensätzen der beiden großen alliierten Mächte stark in den Vordergrund rückten. Aber diese Neuerlichkeiten kündigten tatsächlich sehr tiefe Gegensätze an, die für die Gestaltung der europäischen Politik von immer größerer Bedeutung werden. Um sie zu verstehen, muß man immer wieder auf jene Zeit zurückgehen, wo die Alliierten untereinander über die Formung des Versailler Vertrages berieten.

Die Voraussetzungen, unter denen die französischen Staatsmänner diesen Frieden abschlossen, und auf diese Verteilung der „Kriegsgewinne“ eingingen, waren das dauernde Fortbestehen der Entente und insbesondere die wirksame Unterstützung aller französischen Forderungen durch England.

Da es erklärt sich auch die Gegnerschaft Frankreichs gegen die Erörterung der Reparationsfrage in Genua. Die Franzosen weisen darauf hin, daß die Reparationsfrage für sie ein zweiteiliges Problem ist, das nicht bloß das Schuldverhältnis Deutschlands zu Frankreich, sondern auch das Frankreichs zu seinen eigenen Gläubigerstaaten umfaßt.